

## Deutschland.

**Berlin, 12. April.** Das „Memorial Diplomatique“ stellt die Behauptung auf, daß Oesterreich, wenn eine Verständigung zwischen Preußen und Dänemark in der nord-schleswigschen Angelegenheit nicht zu Stande käme, wieder in den Mitbesitz der Herzogthümer kommen würde. Diese Unterstellung ist etwas abenteuerlich und daher überhaupt auch wohl nicht ernst gemeint. Denn im Prager Frieden steht nichts davon, daß die Eventualität der Abtretung der nord-schleswigschen Distrikte von Oesterreich als Bedingung seiner Verzichtleistung auf den Mitbesitz der Herzogthümer verlangt werde. Nebenbei kommen hierbei auch die politischen Konjunkturen und die materiellen Machtmittel in Betracht, die nöthig sind, einer solchen Aufstellung Geltung zu verschaffen. Die „Times“ giebt dagegen der dänischen Regierung den ernstesten Rath, seine Schwierigkeiten in Betreff der Verhandlungen mit Preußen zu erheben, selbst wenn es wahr wäre, daß Preußen die Linie von Habersleben nach der Ostsee als die südlichste Grenze festhält, die wohin eine Abtretung resp. Abtretung stattfinden könne. Die „Times“ bemerkt hierbei, daß sich Dänemark schon mit Wenigerem begnügt habe. Und in der That wäre Dänemark glücklich gewesen, diese Grenzlinie im Wiener Frieden zu erhalten, der ihm von Schleswig beinahe gar nicht gelassen hat. — Gestern war der Geburtsstag der Gräfin Bismarck. Die Freunde und Verehrer der gräflichen Familie hatten sich Vormittags in großer Anzahl zur Gratulation eingefunden und Blumen-Bouquets waren in so reichem Maße eingegangen, daß der ganze Salon der Gräfin in einen reizenden Blumengarten umgewandelt war. In der Rotunde fand eine große meisterhafte Musikaufführung unter der Leitung des Musikdirektors Stern statt. — Gestern ist der Postvertrag mit der Schweiz von den Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes, Baierns, Württembergs und Baden's einer- und der Schweiz andererseits unterzeichnet worden. — Zur Ausgleichung der verschiedenen Auffassungen, welche zwischen der Darmstädter und der hiesigen Regierung in Betreff der Durchführung der Militärkonvention bestehen, ist der General v. Bonin nach Darmstadt gereist. Es ist demnach zu erwarten, daß die Angelegenheit bald die geeignete Entscheidung finden wird. — Zwischen dem russischen Gesandten Baron v. Bubberg und dem russischen Baron v. Meyendorff soll in Brüssel ein Duell stattgefunden, auf dessen Ausgang man sehr gespannt ist. Baron v. Bubberg ist bekanntlich von Herrn v. Meyendorff thätlich injulirt worden. Man soll in Petersburg auf einen Ausgleich in der angeführten Weise gedrungen haben. — Nach einer statistischen Zusammenstellung des Postverkehrs Preußens im vergangenen Jahre, mit Einschluß desjenigen der Turn- und Loslöcher-Postverwaltung im ersten Semester, wo diese noch nicht im Besitz Preußens war, sind folgende Zahlen zu verzeichnen: 256,806,426 Briefe, 25,720,352 Pakete ohne deklarirten Werth, 13,499,278 Briefe und Pakete mit deklarirtem Werth, 3,303,326 Briefe und Pakete mit Postvorschuß, 5,819,492 Briefe mit baaren Einzahlungen, 193,558,861 Pfund Pakete ohne deklarirten Werth, 14,116,468 Pfund Pakete mit deklarirtem Werth. Der deklarirte Werth der Sendungen betrug 3,328,530,721 Thaler, der Betrag der Postvorschüsse war 9,433,706 Thaler und der summarische Betrag der Einzahlungen 73,738,916 Thaler. An Frankomarken und Franko-Couverten wurden 69,661,070 Stück ausgegeben, wofür 2,759,622 Thlr. eingenommen wurden. An Zeitungs-Exemplaren wurden besördert 116,181,729 Stück. Mit der Post sind bereits 5,263,982 Personen. Das Personal der Postverwaltung umfaßt an Beamten 12,398 und an Unterbeamten 17,000. Die Gesamtzahl der Postanstalten betrug 3953, der Posthaltereien 1598, der Posthalter 1392, der Postillone 5995, die Postpferde 16,373, der Postwagen 4139. Die Posten legten überhaupt 10,004,316 Meilen zurück. An Postanweisungen wurden 5,675,935 Stück mit einem Betrage von 72,390,350 Thlr. besördert. — In der Deckerschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei ist eine Broschüre erschienen, worin die frühere im „Staatsanzeiger“ befindlichen beiden Artikel: „Die englische Rede- und Pressefreiheit“ und die „Fensterprozesse“ wieder abgedruckt sind. Aus beiden Artikeln geht hervor — und insofern besteht ein innerer Zusammenhang zwischen ihnen, daß unsere liberale Partei stark im Irrthum ist, oder auch hier, wie häufig, auf die Unwissenheit der Masse spekulirt, wenn sie bei ihren Tiraden über die Beschränkung der Rede- oder Pressefreiheit in Preußen auf die „glücklichen“ Zustände Englands hinweist. Die Opposition mit ihrem Geschrei wird hier belehrt, daß abgesehen von den Ländern und Zeiten, in denen die Inquisition geherrscht hat, es schwer halten wird, irgendwo anders ein so hartes Pressestrofrecht und eine so willkürliche Handhabung desselben nachzuweisen, wie in England. — Das „Fechten“ um Dläten, wie sich Herr v. Blankenburg treffend ausdrückte, soll aus dem Reichstags in das Zollparlament verlegt werden. Der demokratischen Partei scheint die verächtliche Periode „Grabow“ unvergessen zu sein, wo der Landtag zu einer Art Versorgungsanstalt für arme oder verdiente Demokraten geworden war. Es war dies zugleich die glücklichste Zeit, wo der Landtag 5—7 Monate dauerte, natürlich nicht der Dläten, sondern der Grublichkeit wegen.

**Berlin, 13. April.** Se. Majestät der König empfing am Freitag, nach beendeter Gottesdienste im Dome, den General von Bonin mit dem Major v. Bronsart und Abends war der Hof bei der Aufführung des Oratoriums „Der Tod Jesu“ von Graun in der Sing-Akademie anwesend. Vorgestern Morgens nahm Se. Majestät die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Verponcher, des Geh. Kabinetsekretärs v. Mühlner, des Geh. Hof-Rathes v. Dörmann, arbeitete darauf mehrere Stunden mit dem General v. Pöbbeckel und dem Chef des Militär-Kabinetts v. Treskow, machte dann einen Besuch im Kronprinzlichen Palais und besichtigte später im Atelier des Bildhauer Wolf das Stand-

bild Friedrich des Großen, das in Regnitz aufgestellt werden soll. Abends wohnte der Hof dem geistlichen Konzert in der Garnison-Kirche zum Besten des Johannisstiftes bei. Vorher hatte Se. Majestät der König mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck konferrirt.

— Se. Majestät der König wohnte heute Vormittags mit den hohen Herrschaften dem Gottesdienste im Dome bei, Ihre Majestät die Königin hörte die Predigt in der Matthäikirche. Mittags empfing Se. Majestät v. K. H. den Prinzen August von Württemberg, den General v. Kopp, den Rittmeister v. Lepel, die Hofmarschälle Grafen Verponcher und Grafen Pückler und machte dann eine Spazierfahrt. Mit den Majestäten speisten die Kronprinzlichen Herrschaften und Höchsteren Kinder. — Morgen früh begeben sich J. K. H. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin zum Besuch an den Herzoglichen Hof nach Gotha. Der Kronprinz wird am 17. die Reise nach Florenz fortsetzen. Die Kronprinzessin verweilt etwa 10 Tage in Gotha.

— Die Nachricht, daß Verhandlungen über eine Accessions-Akte, ähnlich der mit Waldeck abgeschlossenen, zwischen Preußen und Anhalt im Gange seien, wird hier in kompetenten Kreisen für richtig gehalten. Man fügt hinzu, daß Seitens des albaninischen Fürstenhauses hier das Anerbieten gemacht worden sei, völlig auf die Souveränität zu Gunsten der preussischen Krone zu verzichten, wie dies 1850 die beiden hohenzollernschen Fürsten thaten, daß dies aber hier keine Annahme gefunden habe. Dagegen soll man sich vor hier aus erbittert gezeigt haben, einen ähnlichen Vertrag, wie den waldeckischen, mit dem Herzog von Anhalt abzuschließen und es wird das Zustandekommen desselben für wahrscheinlich gehalten. Man vermutet, daß der neuliche Besuch des Fürsten von Hohenzollern in Dessau mit der Angelegenheit in Verbindung stehe. Uebrigens dürfte ein Vertrag Preußens mit Anhalt, auf ähnlichen Grundlagen, wie der mit Waldeck abgeschlossene, auf nicht geringe Schwierigkeiten im Abgeordnetenhause stoßen, welches schon dem waldeckischen Vertrag nur mit großem Widerstreben seine Zustimmung gab. Voraussetzliche wird der anhaltische Hof dabei vorzugsweise Sorge tragen, seinen Domänenbesitz sich zu sichern und es steht daher zu befürchten, daß ein solcher Vertrag den preussischen Finanzen nichts weniger als vorthellhaft sich erweisen dürfte.

— Die in Folge des Antrages der süddeutschen Staaten, für ganz Deutschland eine gemeinsame Freizügigkeit einzuführen, stattgehabten Vorbesprechungen haben nun zu dem Vorschläge geführt, daß die Verträge mit der ausdrücklichen Klausel abgeschlossen würden, daß etwaige Aenderungen, die sich für den norddeutschen Bund auf dem Gebiete der Freizügigkeitsegebung während der Vertragsperiode als notwendig oder wünschenswerth herausstellen sollten, ohne Weiteres und ohne Rücksicht auf die Verträge mit den süddeutschen Staaten sollen getroffen werden können. Ein Abschluß der Angelegenheit auf dieser Grundlage kann als gesichert betrachtet werden.

— Das allgemeine Kriegs-Departement hat für den Militärbereich der neuen Landesheile den Bau von Kasernenbauten zu Kiel, Sonderburg, Hannover, Lüneburg und Frankfurt a. M. angeordnet, welche Bauten gegenwärtig in Angriff genommen werden. Mit Rücksicht darauf, daß ein großer Theil der Truppen sich noch in Bürgerquartieren untergebracht befindet, sind dergleichen Bauten in größerer Anzahl auch für das Jahr 1869 projektiert.

— Bei der Marine soll nach einer neueren Bestimmung die Beförderung zum Leutnant zur See künftig außer von den wissenschaftlichen Anforderungen auch noch von einer vorhergegangenen fünfjährigen Fahrzeit abhängig gemacht werden.

— Die „Köln. Ztg.“ berichtet: Zwischen dem norddeutschen Bunde und Belgien schwebt eine Schwierigkeit wegen der Bundesflagge, die auch schon den Bundesrath beschäftigt hat und deren Ursprung in einer Forderung besteht, welche Belgien gegen Mecklenburg bis jetzt vergebens geltend gemacht hat. Es handelt sich um die Summe, welche Mecklenburg wegen der Ablösung des Scheldenzolls zahlen soll, aber zu zahlen Anstand nimmt. In Folge dessen müssen die mecklenburgischen Schiffe in Antwerpen eine Taxe von 5 Fred. für die Sonne entrichten und die norddeutsche Flagge wird in der Schelde von Belgien nur mit dem Vorbehalt anerkannt, daß sie keine mecklenburgischen Schiffe deckt, was Belgien in jedem einzelnen Falle zu konstatiren als ein ihm zustehendes Recht beansprucht.

— Auch die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Lissit sind aus dem Verbands des deutschen Handelstages ausgetreten. Der Austritts-Erklärung Königsborgs haben sich also bis jetzt angeschlossen: Danzig, Thorn, Elbing, Memel, Insternburg und Lissit.

**Menzel a. S., 8. April.** Gestern Nachmittag 2 Uhr fand nahe dem hiesigen Rettungshause auf Alt-Tschauer Gebiet die Grundsteinlegung zu einer Missions-Anstalt zur Ausbildung von Schulpropaganden statt. Der königl. Superintendent Herr Pastor Funke aus Carolath hielt eine kräftige und für den Zweck, dem die neu zu erbauende Anstalt gewidmet werden soll, sehr erwärmliche Ansprache über die Worte: „Alles was Ihe thut, es sei in Worten oder in Werken, das thut Alles in dem Namen unseres Herrn Jesu Christi.“ Daan verlas der Gründer der Anstalt, Herr Hausvater Ruhmer, die Stiftungsurkunde, in welcher auf die Theilnahme hingewiesen wurde, die das preussische Königshaus diesem Unternehmen gewidmet. Die Urkunde und andere für den Grundstein bestimmte Dokumente wurden in denselben verschlossen, und von den anwesenden Herren die 3 üblichen Hammer-schläge mit angemessenen Sinnprüchen gethan. Zum Schluß der Feier sollte noch ein herzliches Gebet des Herrn Diakonus Lengerfeld und durch Herrn Superintendent Funke die Ertheilung des Segens des Herrn! In Bezug auf die bisher eingegangenen Mittel zur Ausführung des Baues ist zu erwähnen, daß dazu circa

1000 Thlr. aus Amerika, 400 Thlr. aus Preußen eingegangen sind. Hierzu kommt aber noch ein Geschenk von 1000 Thalern, welches vom Provinzial-Landtage Schlesien bewilligt worden ist. Das ist aber freilich erst 1/3 der notwendigen Summe, zu deren Vervollständigung beizutragen, alle patriotisch denkenden und fühlenden Herzen dringend gebeten werden.

**Görlitz, 11. April.** Bei der heute hier stattgehabten Neuwahl eines Abgeordneten für den Reichstag erhielt Dr. Müller (liberal) die Majorität, indem von 7860 Stimmen 4320 auf ihn fielen. Sein Gegenkandidat Kommerzienrath Schmidt erhielt 3524 Stimmen.

**Frankfurt a. M., 11. April.** Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus München, daß dem daselbst weilenden Schriftsteller Kilian letzten Donnerstag von der dortigen Polizei-Direktion eröffnet worden ist, daß er das Königreich Bayern binnen 24 Stunden zu verlassen habe.

**Dresden, 11. April.** Der offiziöse Wiener Korrespondent des „Dresdener Journal“ dementirt kategorisch, daß Dänemark in der nord-schleswigschen Frage irgendwelche Intervention Oesterreichs beansprucht habe.

**Darmstadt, 11. April.** Der General-Adjutant des Königs von Preußen, General der Infanterie von Bonin, ist in Begleitung eines Majors vom Kriegsministerium in Berlin als Adjutant hier eingetroffen. Der preussische Generalmajor v. Brandenstein ist gestern zurückgekehrt.

**Gravenhaag, 11. April.** Von Seiten der reaktionären Partei werden Petitionen in Umlauf gesetzt, welche sich einestheils gegen Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts richten, anderentheils verlangen, daß die zweite Kammer zum dritten Male aufgelöst werde. Nichtsdestoweniger wird die Demission des Grafen van Zuylen für wahrscheinlich gehalten.

**Paris, 9. April.** In den katholischen Kreisen glaubt man noch weniger, als anderwärts, daß der französische Gesandte in Florenz, Malaret, der in diesen Tagen wieder auf jenen Posten zurückkehren wird, nur seines Privatvergnügens wegen, hierhergekommen sei. Vielleicht um einen Druck auf die Regierung auszuüben, stellt sich die ultramontane Partei an, zu glauben, es seien neue, dem Papste sehr unangünstige Kombinationen zwischen den Tullerieren und Florenz im Werke. Die französische Regierung habe der italienischen den Vorschlag gemacht, den Kirchenstaat, mit Belassung des Papstes als Souverän, zu annektiren, unter der Bedingung, daß Italien auf die Stadt Rom selbst verzichte und daß Civita-Vecchia, sowie auch der Weg von Rom dorthin, bis zur nächsten Papswahl unter dem Schutz der französischen Fahne bleibe. Gegen den Verzicht auf Rom und das Verbleiben der Franzosen in Civita-Vecchia habe das Florentiner Kabinet sich mit aller Entschiedenheit erklärt; von demselben sei ein Gegenplan ausgearbeitet und hier übergeben worden. Und eben die Sendung Malaret's habe den Zweck, der kaiserlichen Regierung nähere Aufschlüsse zu geben. Daß es zwischen Menabrea und Malaret zu einem persönlichen Konflikt gekommen sei, wie hier und dort behauptet wird, ist nicht richtig. — Der Kaiser arbeitet auffallend viel mit dem Minister des Innern, Pinard, zusammen. Staatsminister Rouher soll um seinen eigenen Glanz nicht wenig besorgt sein, wohl ohne Grund, denn so lange J. Favre und Thiers leben, ist Rouher's Beredsamkeit dem Kaiserreich unentbehrlich. Zwischen Napoleon und Pinard, welchem streng katholische Gesinnungen beigelegt werden, handelt es sich vor Allem um die Frage, wie sich die Regierung des Reiches der Klerikalen versichern könne, ohne denselben zu große Zugeständnisse zu machen.

— Das „Days“ bringt außer dem herausfordernden Artikel, welcher die Unausbleiblichkeit eines Krieges mit Preußen darzulegen sucht, einen andern, „die Stimme des Volkes“ überschrieben, welcher eben nicht sehr schmeichelhaft für die belgische Regierung ist. Das „Days“ bemüht sich nämlich, eine Erklärung zu geben über die Berechtigung der Aulse: „es lebe der Kaiser“, die neulich bei den Arbeiterunruhen in Belgien laut geworden sind. Dieser Ruf ist nämlich, seiner Ansicht nach, nicht aus einem politischen Gefühl, auch nicht aus einer Annexions-Idee hervorgegangen, sondern er wurde veranlaßt durch die Noth, den Hunger und das Bedürfnis der Sicherheit. Die belgischen Arbeiter, meint das „Days“, wissen, daß an ihrer Grenze ein großes Reich liegt, wo keine Hungersnoth wüthet, wo keine Katastrophe eintritt, ohne daß sofort durch den Antrieb einer starken Regierung Hilfe geschafft werde. Nach einer Erzählung aller der Garantien, die Frankreich seinen Unterthanen zu geben im Stande wäre, schließt das „Days“ mit folgenden Worten: Wir wiederholen es, die belgische Regierung, die belgische Lyastie sind unfähig, ihnen diese Sicherheit zu bereiten, sogar die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist dort in einen Zustand der Chimäre und der Illusion übergegangen; und wenn die schreckliche Wirklichkeit des Hungers vor sie tritt, so geschieht es, daß die belgischen Arbeiter den Ruf „es lebe der Kaiser“ hören lassen. (Und Algier?)

**Paris, 10. April.** Gestern früh um 7 Uhr hat der Kaiser in Begleitung des Herrn Dupuy de l'Home, des bekannten General-Direktors im Marine-Ministerium, sich nach St. Denis begeben, um ein kleines, sechs Meter langes Schiffmodell zu besichtigen. Dasselbe wiegt sowohl in seiner Eisenbedeckung, in seiner Steuerruder und in der Schiffsbekleidung wesentlich von den bisherigen Kriegsschiffen ab. Es heißt „Vuebla“ und wurde gestern während einer ganzen Stunde geprüft. Der Kaiser sprach sich entzückt aus. Man behauptet, daß diese Erfindung eine gänzliche Umgestaltung der französischen Flotte zur Folge haben würde, Falls die weiteren Versuche dem Erfolge der bisherigen entsprächen. Schon wurde Befehl gegeben, die bisher im Bau begriffenen zwei großen

